



AMTSBLATT Womit Sie in dieser Woche im Regierungsviertel rechnen müssen

Freitag, 10 bis 14 Uhr: Demonstration des DGB zum Equal Pay Day: „Gleiches Geld für Frauen und Männer“, Pariser Platz, Sonntag, 11 bis 14 Uhr: „Weltwassertag“, Aufzug vom Hackeschen Markt bis zum Brunnenplatz.

TERMIN DER WOCHE

Am heutigen Dienstag besucht die kroatische Präsidentin Kolinda Grabar-Kitarovic Berlin. Bundespräsident Joachim Gauck empfängt sie um 11.30 Uhr, mit militärischen Ehren, um 13.45 Uhr trifft sie Kanzlerin Angela Merkel.

Ein SATZ

Der Tagesspiegel fragt - und Korrespondenten antworten

Alleingang?

Die EU-Kommission will keine einheitliche Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung vorlegen. Muss die Bundesregierung nun einen eigenen Gesetzentwurf zur Datenspeicherung erarbeiten?



„Ja, wenn die Bundesregierung die Vorratsdatenspeicherung will, muss sie ein eigenes Gesetz vorlegen. Sie sollte allerdings vorher überlegen, ob das Mittel Vorratsdatenspeicherung wirklich in der Terrorismusbekämpfung nutzt.“

Donata Riedel Handelsblatt



„Ja, sollte sie. Und die SPD sollte ihrem Vorsitzenden den Gefallen tun, dabei mitzuwirken.“

Nikolaus Blome Der Spiegel



„Nein. Die Vorratsdatenspeicherung ist purer Aktionismus, der Terror und Verbrechen nicht verhindern wird.“

Marc Brost Die Zeit



„Wünschenswert wäre, die Bundesregierung ließe es sein.“

Anja Maier TAZ - die Tageszeitung



„Dem Koalitionsklima würde die Vorratsdatenspeicherung wahrscheinlich, der inneren Sicherheit vielleicht, der SPD aber bestimmt nicht nutzen.“

Günter Bannas Frankfurter Allgemeine Zeitung



„Ja, am besten zusammen mit den Datenschützern. Denn es muss enge Voraussetzungen geben.“

Werner Kolhoff Saarbrücker Zeitung

Schüler sind Kunden - und morgen auch Entscheider. Sie sind offen für Neues und leicht zu beeinflussen. Kurzum: Schüler sind eine attraktive Zielgruppe für Vertreter wirtschaftlicher und politischer Interessen, besonders für große Unternehmen. Diese drängen mit ihren Botschaften inzwischen direkt ins Klassenzimmer: mit Unterrichtsmaterial, das den Lehrern kostenlos zur Verfügung gestellt wird. „Meinungsmache in der Schule“, beklagt nicht nur Lobbycontrol. Denn bedenklich häufig würden Themen, die gesellschaftlich kontrovers sind, den Schülern nicht als kontroverse Themen dargeboten.

Ein typisches Beispiel ist die gemeinnützige Initiative „My Finance Coach“. Sie bietet Lehrern im Internet ein Gesamtpaket für die „ökonomische Grundbildung“ an: Lernmaterial zu Themen wie „Kaufen, Planen, Sparen“, Lehrerfortbildungen, Gewinnspiele oder Newsletter für Eltern. Mehr noch: „Wir kommen gern kostenfrei zu Ihnen und Ihren Schülern an die Schule und übernehmen eine Doppelstunde!“, heißt es auf der Homepage. Im vergangenen Jahr seien mehr als 218 000 Schüler erreicht worden, erklärt „My Finance Coach“.

Nicht sofort ersichtlich ist, wer dahinter steht, nämlich Unternehmen wie die Allianz oder die Deutsche Kreditbank AG. Der Bundesverband der Verbraucherzentralen (VZBV), der Material von „My Finance Coach“ in seinem „Materialkompass“ testete, kam zu dem Ergebnis: „Auswahl und Aufbereitung des Materials lassen erkennen, dass es sich um eine von Kapitalinteressen geleitete Auseinandersetzung mit Kaufentscheidungen handelt.“ Besonders bedenklich sei es, dass Mitarbeiter der Allianz in der Lehrerrolle auftreten.

Oft geht es Unternehmen nicht darum, Schüler an ihr Produkt zu binden, sondern um langfristige politische Einflussnahme, um „deep lobbying“. „Wirtschaft und Schule“ heißt ein Portal, das die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), eine Organisation der Metall- und Elektroindustrie, lange betrieb und vor einem Jahr an das unternehmerfinanzierte Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln übergab. Schüler werden in der Broschüre „Einnaleins der Sozialen Marktwirtschaft“ auf die vermeintlich laschen Eigentumsrechte in Deutschland aufmerksam gemacht: Diese würden „schon vom Grundgesetz drastisch eingeschränkt: In Artikel 14 Absatz 2 heißt es: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Das sei „gut gemeint“: „Doch von einer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung zeugt es nun wirklich nicht“, lernen die Schüler. Denn übertragen auf den Sport hieße das ja: „Siege verpflichten“. Michael Schumacher müsste seine Konkurrenten also überholen lassen, wird gefragt.

Die Broschüre geht mit dem Grundgesetz hart ins Gericht. Doch eine Gegenposition kommt nicht zu Wort. Die Einheit endet mit einem Hieb auf eine IZV-Empfängerin, die sich in der Türkei „auf Kosten anderer Leute durchs Leben schmarrnzt“.

Die INSM und das IW gehören zu einem „einflussreichen Netzwerk“, meint Reinhold Hedtke, Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften und Wirtschaftssoziologie an der Universität Bielefeld. Dieses Netz sei durch „Projekte, Personen, Publikationen und Finanzströme“ verbunden mit bestimmten politischen Parteien, diesen nahestehenden Einrichtungen und von ihnen geführten Kultusministerien. Andere Positionen würden „ausgegrenzt“. Ziel sei ein eigenständiges Pflichtfach Wirtschaft, das „wirtschaftsliberal-konservatives Denken“ mit staatlichen Weihen in die Schülerköpfe bringen

Nach der Pisa-Studie von 2006 besuchten 87,5 Prozent der 15-Jährigen in Deutschland eine Schule, an der Wirtschaft Einfluss auf Lehrinhalte ausübe. Das Forschungsprojekt „Bildungsmedien online“ der Universität Augsburg hat festgestellt, im Jahr 2012 seien rund 900 000 kostenlose Angebote für Lehrmaterial in deutscher Sprache im Internet verfügbar gewesen.

Von Unternehmen kamen demnach 1,2 Prozent des Angebots. Mehr als ein



Lobby macht Schule

Früh übt sich: Wie Unternehmen und Verbände Einfluss im Klassenzimmer nehmen wollen

VON ANJA KÜHNE

solle. Bislang wird Wirtschaft meistens gemeinsam mit Politik oder Sozialkunde unterrichtet. Zu Recht, sagt Hedtke: Die Schüler müssten den Zusammenhang von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik verstehen.

Mehr als 450 Materialien hat der „Materialkompass“ der Verbraucherzentralen seit 2011 untersucht. In einer Zwischenbilanz kommt der VZBV zu dem Ergebnis, wirtschaftliche Materialien neigten „zu unterdurchschnittlicher Qualität“. Ideologische Aspekte stünden in zwei Dritteln der Publikationen derart stark im Vordergrund, „dass der Sachgehalt verzerrt dargestellt wird“.

Nach der Pisa-Studie von 2006 besuchten 87,5 Prozent der 15-Jährigen in Deutschland eine Schule, an der Wirtschaft Einfluss auf Lehrinhalte ausübe. Das Forschungsprojekt „Bildungsmedien online“ der Universität Augsburg hat festgestellt, im Jahr 2012 seien rund 900 000 kostenlose Angebote für Lehrmaterial in deutscher Sprache im Internet verfügbar gewesen.

Von Unternehmen kamen demnach 1,2 Prozent des Angebots. Mehr als ein

Fünftel aller Anbieter seien Vereine oder Stiftungen. Hinter diesen stünden häufig Investoren, „die dadurch Öffentlichkeitsarbeit betreiben“, schreiben die Wissenschaftler.

Die Bildungsministerien gehen davon aus, dass die Pädagogen das durchschauen. Gegebenenfalls könne der tendenziöse Charakter einer Broschüre den Schülern ja gerade lehrreich vor

AGENDA IMMER WÖCHENTLICH Die nächste Ausgabe erscheint am kommenden Dienstag

Augen geführt werden, sagt Beate Stoffers, Sprecherin der Berliner Bildungsverwaltung. Doch die GEW meint, nicht alle Lehrer seien gegen Manipulationen gefeit. Gerade Wirtschaft werde meist fachfremd unterrichtet.

Auch gehen die Unternehmen raffiniert vor. So werde in den Materialien etwa der Eindruck erweckt, dass unter-

schiedliche Meinungen zu Wort kommen, während tatsächlich statt der besten Gegenargumente nur Allgemeinplätze geboten würden, stellt Lobby Control fest. Das Kalkül dieser „Scheinkontroversität“ sei es, die Lehrer von weiteren Recherchen abzuhalten.

Hinzu kommen irreführende „Qualitätssiegel“. So kann die in der Kritik stehende Broschüre „Hoch im Kurs“ des Bundesverbands Investment (BVI) sich mit einer Auszeichnung der Unesco schmücken, dem „Comenius Edu Media Siegel 2011“. Die Unesco-Kommission in Bonn verleiht das Siegel allerdings nicht nach gründlicher Prüfung, sie „scanne“ nur, wie sie erklärt.

Eine „zentrale Stellung“ bei den Aktivitäten weist Didaktik-Professor Hedtke dem Institut für Ökonomische Bildung (IÖB) in Oldenburg zu, einem An-Institut der Universität Oldenburg. Seinen Einfluss bezieht das IÖB aus der Fülle von Lernmaterialien, die es erstellt. Auch ist es in der Lehrerbildung und bei der Beratung von Ministerien aktiv, beispielsweise bei der Entwicklung von Bildungsstandards.

Unter anderem erstellt das IÖB die Materialien für „Handelsblatt macht Schule“. Der „Materialkompass“ hat dessen Einheit „Finanzielle Allgemeinbildung“ im Jahr 2011 als „oberflächlich, kritiklos und einseitig“ kritisiert - dem hat das IÖB in einer 32-seitigen Stellungnahme widersprochen. In einem neuen „Kurzgutachten“ kritisiert Till van Treeck, Professor für Sozialökonomie an der Uni Duisburg-Essen, nun auch die Einheit „Unsere Wirtschaftsordnung“ als einseitig. Dazu erklärt Kerstin Jaumann, Sprecherin des „Handelsblatts“: „Den Vorwurf einer intendierten Einseitigkeit weisen wir mit Entschiedenheit zurück.“ Man werde van Treecks Hinweise überprüfen. Schon jetzt sei aber festzuhalten, „dass wir seine Anmerkungen nur in Teilen nachvollziehen können“. Das Urteil im „Materialkompass“ gehe auf eine Einzelmeinung zurück. Generell sei der „Materialkompass“ personell mit einem Netzwerk verbunden, das sich „zum Teil mit recht unlauteeren Mitteln“ gegen ein Schulfach Wirtschaft stemme - aus der Sorge, die „eigene Spielweise“ in der sozialwissenschaftlichen Lehrerbildung könne dadurch begrenzt werden.

Das niedersächsische Kultusministerium kündigt unterdessen auf Nachfrage an, es werde die amtliche Zulassung für ein Schulbuch von IÖB-Direktor Hans Kaminski überprüfen. Moritz Peter Haarmann, Politikdidaktiker in Hannover, hatte eben dies bereits 2013 gefordert, weil die Arbeitgeberperspektive in einem Kapitel einseitig begünstigt werde. Am IÖB sieht man einen starken Staat skeptisch. Dabei stützt das Institut sich selbst auf den Staat. Obwohl es über mehr als zwei Dutzend finanzstarke Projektpartner verfügt, wird es mit jährlich einer halben Million Euro von Niedersachsen subventioniert. So hat es die CDU/FDP-Regierung im Jahr 2008 festgelegt. In den Jahren 2012 und 2013 gab es wegen eines Projekts sogar 920 000 Euro vom Staat und noch 2014 zusätzlich 148 650 Euro.

Niedersachsens Landeszentrale für politische Bildung, die eigentlich für die Erstellung von Lernmaterial zuständig wäre, wurde hingegen im Jahr 2004 aufgelöst. Das Ministerium erklärte auf Anfrage: „Es war ein schwerer Fehler, dass unter der Ägide von Ministerpräsident Wulff die Landeszentrale für politische Bildung abgeschafft wurde.“ Rot-Grün wolle jetzt eine „Koordinierungsstelle politische Bildung“ beim Kultusministerium ansiedeln. Aufmerksam geworden durch die Recherche des Tagesspiegels teilt das Ministerium ferner mit, die jahrelangen Kooperationen zwischen mehreren niedersächsischen Gymnasien und dem Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung (WEG), die die Industrie zur Imagepflege nutzte, würden beendet.

Besonders Gewerkschaften versuchen inzwischen, der Schwemme von marktliberal orientiertem Material mit eigenem Stoff entgegenzutreten. Beim DGB und bei Verdi können Lehrer Einheiten zu sozialem Engagement oder zur Geschichte der Arbeiterbewegung herunterladen. Auch fordern Lobbycontrol, der DGB und die GEW schon länger eine staatliche Prüfstelle für „bildungsgefährdende Medien“. Die Kultusministerkonferenz hält das für zu aufwendig. Schon wegen des erwartbaren Widerstands nicht nur der unionsregierten Länder würde sie sich kaum dazu durchringen. So bleibt es jedem einzelnen Land überlassen, wie es Pluralismus im Unterricht absichert.

Political Animal Deutschland ist auch eine Firma Weshalb der Präsident der Arbeitgeber ein Unternehmer sein muss

in erster Linie, was die internationalen Wettbewerbsbedingungen betrifft.

Die Firma, der Kramer vorsteht, kümmernt sich um den Antrieb in Deutschland, und zwar buchstäblich. Kramer selbst ist Unternehmer aus Bremerhaven und macht vieles, unter anderem Schiffsbetriebstechnik. Der BDA muss auch Betrieb machen, in Deutschland. Da müssen alle gemeinsam gut wirtschaften, damit viele Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Deswegen ist einer wie Kramer auch so abgeklärt, wenn es zum Beispiel um den Mindestlohn geht. In allen Tarifverträgen geht es im Kern ja immer schon um einen Mindestlohn. Dem BDA geht es nur um die Frage, ob der flächendeckend verordnet werden kann. Aber da

kann man ja Einfluss nehmen; und es sieht für die Arbeitgeber nicht so schlecht aus. Einfluss nehmen: Wenn Kramer ganz dringend mit, sagen wir, der Bundeskanzlerin sprechen muss, dann bekommt er auch einen Termin. Er redet dann nur zur Sache, und das kommt gut an.

In der Sache hat das FDP-Mitglied („Das ist eine Geisteshaltung“) übrigens mehr mit Andrea Nahles zu tun, der Arbeitsministerin, als mit Sigmar Gabriel, dem Wirtschaftsminister. Und mit Nahles kann man auch ganz gut aneinandergeraten, das weiß Gabriel, das weiß Kramer jetzt auch. Nahles und er haben sich öffentlich gezoft wegen der Arbeitsstättenverordnung. Mit Kramer kann man aber immer reden, er kennt die Wirklich-

keit, eben weil er Unternehmer ist und weil er aus Bremerhaven kommt, wo es mal 25 Prozent Arbeitslosigkeit gab. Heute sind es 15 (immer noch eine der höchsten Quoten in Deutschland). Kramer war IHK-Chef in Bremerhaven, übrigens mit Ulrich Nußbaum, Berlins Finanzsenator a.D. als Schatzmeister, hat fünf Landesverbände fusioniert zu Nordmetall - und diese Regel: Ehrenämter nicht zu lange ausüben. Zwischen vier und acht Jahren, je nachdem, was anliegt, findet er richtig. Bei Nordmetall war es ein Jahr länger, aber wenn's der Sache dient... Kramer versteht sich auch gut mit BDI-Chef Ulrich Grillo. Am Ende fusionieren die beiden - das wäre eine Sache. Ein paar Jahre hat Kramer ja noch. STEPHAN-ANDREAS CASDORFF